

Manuskript

Beitrag: Betriebsrenten als Mogelpackung – Wenn der Staat doppelt kassiert

Sendung vom 4. Juni 2019

von Ingo Dell und Jörg Göbel

Anmoderation:

Millionen Menschen haben das Richtige getan - jedenfalls das, was ihnen diverse Bundesregierungen ständig als das Richtige einredeten: Sie sorgten vor für ihr Alter. Sie verzichteten auf einen Teil ihres Nettogehalts für eine betriebliche Altersvorsorge. Aber am Ende, im Alter, werden viele für ihr richtiges Tun und ihre Vorsorge bestraft. Ihre mühsam angesparte Extra-Rente wird endlich fällig, und da müssen sie Tausende Euro für Krankenkasse und Pflegeversicherung zahlen. Dabei wurden diese Beiträge doch schon einmal von ihrem Gehalt abgeführt. Ingo Dell und Jörg Göbel über Altersvorsorge als Mogelpackung und Senioren, die radeln für Gerechtigkeit.

Text:

Unterwegs in großer Sache: Der 67-jährige Rudolf Birkmeyer will den Kampf aufnehmen mit der Bundesregierung. Sein Plan: Auf dem Rad 800 Kilometer nach Berlin fahren. Los geht es zu Hause in Offenbach in der Pfalz. Der Grund für seinen Ärger: Er hat - wie von der Politik gewollt - privat fürs Alter vorgesorgt. Doch das wurde für ihn zu einem Verlustgeschäft.

O-Ton Rudolf Birkmeyer, Rentner:

Damals war ja auch schon immer die Rente Thema. Man kannte noch den schönen Ausdruck von Blüm: „Die Rente ist sicher!“ Aber man sieht ja heute, dass sie eben nicht sicher war. Und das hat mich dazu bewogen, eben halt hier noch mal weiter vorzusorgen.

Und zwar mit einer Direktversicherung. Die schließt Birkmeyer 1987 über seinen Arbeitgeber Daimler ab. So fließen 100 Euro monatlich von seinem Nettogehalt in die Versicherung. Später macht er sich selbstständig und führt den Vertrag über seine Firma weiter. 2012 bekommt er die Lebensversicherung ausgezahlt. Kurze Zeit später meldet sich die Krankenkasse, will Tausende Euro Sozialabgaben kassieren.

O-Ton Rudolf Birkmeyer, Rentner:

Wenn man es genau ausrechnet: 16.800. Und ich denke, das ist natürlich schon eine Summe, wo ich mich halt auch wirklich bestohlen fühle, um diese Summe, weil, es ist für mich unerklärlich, dass man noch mal kommen kann und zum zweiten und zum dritten Mal Krankenversicherung berechnet. Also, für mich ist in dem Fall die Politik total unglaublich.

Auf diese Ungerechtigkeit will er aufmerksam machen. Obwohl Rentnern schon während ihres Arbeitslebens Krankenkassen- und Pflegebeiträge vom Lohn abgezogen wurden, müssen sie die noch einmal zahlen, wenn die Betriebsrente fällig ist. Das gilt seit 2004. Kaum einer weiß das.

O-Ton Rudolf Birkmeyer, Rentner:

Ich habe jetzt schon mehrfach das erlebt, wo Leute dann sagen: Oh, du mit deiner Direktversicherung, was du da hast. Und ein paar Wochen später kamen die dann und sagten: Ich bin ja auch betroffen.

Betroffen von der sogenannten Doppelverbeitragung. Doppelt ungerecht. Der Versicherte muss bei Auszahlung einer Betriebsrente - egal ob Pensionskasse, Pensionsfonds oder Direktversicherung - doppelt Abgaben zahlen: einmal den Arbeitnehmeranteil für die Kranken- und Pflegeversicherung und seit 2004 auch noch mal den Arbeitgeberanteil oben drauf - macht also zusammen derzeit circa 19 Prozent Abzug auf die betriebliche Altersvorsorge.

Der Sozialversicherungsexperte Professor Stefan Sell kritisiert, dass die damalige Gesetzesänderung allein dazu diene, die Finanzlage der Krankenkassen aufzubessern.

O-Ton Prof. Stefan Sell, Sozialwissenschaftler, Hochschule Koblenz:

Wie groß die Not damals war, zusätzliche Beitrags-Milliarden zu bekommen, kann man auch daran erkennen, dass man damals beschlossen hat, dass das auch für alle Fälle rückwirkend gilt – also, für die Betriebsrentner, die ja unter ganz anderen Bedingungen ihre Versicherungsverträge dann abgeschlossen haben.

Rudolf Birkmeyer berichtet auf Facebook über seine fünftägige Radtour. Die verfolgt Ingrid Wulff in Hamburg am Laptop. Auch sie hatte als Altersvorsorge eine Direktversicherung abgeschlossen - 1988. Von ihrem Nettogehalt überweist ihr Arbeitgeber den Monatsbeitrag an die Versicherung. 2015 bekommt sie die Versicherungssumme von 59.000 Euro ausgezahlt. Kurz danach meldet sich ihre Krankenkasse und will Geld.

O-Ton Ingrid Wulff, Rentnerin:

Das sind dann 12.000 Euro an Krankenversicherungsbeiträgen, sodass mir selber 47.000 Euro überbleiben. Für mich ist das ein Verlustgeschäft, das ich nicht gehabt hätte, wenn ich privat meinen Vertrag abgeschlossen hätte und nicht auf die Politik gehört hätte.

Ingrid Wulff hat damals als Alleinerziehende die Lebensversicherung abgeschlossen, um ihren Sohn abzusichern. Er hat den Ärger seiner Mutter mit den hohen Krankenkassenabzügen mitverfolgt. Für sich selbst und seine Altersvorsorge hat er Konsequenzen gezogen.

O-Ton Lars Wulff, Industriemechaniker:

Ja, meine Mutter hat über die Jahre viel Geld da einbezahlt und bekommt jetzt sehr wenig raus beziehungsweise muss halt sehr viele Abgaben darauf zahlen und meine Konsequenz daraus ist, das eben so nicht zu tun.

Rudolf Birkmeyer kurz vor Berlin. Anstrengende Tage mit viel Gegenwind liegen hinter ihm. Er hofft, dass die Politik die Doppelverbeitragung bald beendet.

O-Ton Rudolf Birkmeyer, Rentner:

Ich fühle mich bestohlen, echt bestohlen. Ich zahle jetzt 16.000 Euro nachträglich. Und das kann es wirklich nicht sein, dass wir jetzt in der Rentenphase, wo wir eigentlich unser Geld ein bisschen für unsere Enkel ausgeben wollten und so weiter, an die Krankenkasse abführen.

Die Ungerechtigkeit trifft nicht nur Rudolf Birkmeyer, sondern Millionen deutsche Rentner und fleißig einzahlende Arbeitnehmer. Allein die Zahl der Direktversicherungen ist von 1970 bis 2017 auf mehr als acht Millionen gestiegen.

Deswegen haben Birkmeyer und viele andere gegen die Doppelverbeitragung geklagt. Doch Gerichte haben immer wieder geurteilt: Sozialabgaben dürfen rückwirkend erhoben werden. Nur der Gesetzgeber kann daran etwas ändern.

Nach 800 Kilometern - Ankunft in Berlin. Auch Ingrid Wulff ist extra aus Hamburg gekommen. Gemeinsam kämpfen sie im Verein der Direktversicherungsgeschädigten. Der hatte 2015 noch 40 Mitglieder, inzwischen sind es mehr als 2.500. Eine Podiumsdiskussion mit den Rentenexperten der Bundestagsfraktionen:

O-Ton Zuhörer der Podiumsdiskussion:

Wie kann dieser Milliardenbetrug - auch immer noch in die Zukunft gerichtet - geduldet werden?

Etwa drei Milliarden Euro extra pro Jahr zahlen Betriebsrentner durch die Doppelverbeitragung. Daran müssen sich etwas ändern. Überraschende Einigkeit in der Politikerrunde:

O-Ton Matthias W. Birkwald, DIE LINKE, MdB, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion:
Es besteht dringender Handlungsbedarf. Die Betriebsrentner und Direktversicherungsgeschädigten müssen sofort entlastet werden.

O-Ton Markus Kurth, B'90/DIE GRÜNEN, MdB, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion:
Bei den vor 2004 abgeschlossenen Verträgen und den Leuten muss man sagen, dass die sich zu Recht natürlich jetzt hinters Licht geführt fühlen.

O-Ton Johannes Vogel, FDP, MdB, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion:
Wenn´s nach mir geht, wäre das nie so weit gekommen, weil wir als freie Demokraten 2004 schon dagegen gestimmt haben und seitdem dagegen kämpfen.

O-Ton Ralf Kapschack, SPD, MdB, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion:
Ich halte das auch im Nachhinein für einen Fehler. Und wir wollen Betriebsrenten attraktiver machen.

O-Ton Jana Schimke, CDU, MdB, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales:
Wenn man sich mit dem Thema auseinandersetzt, dann kommt man schnell dahinter, dass etwas nicht in Ordnung ist und dass das Problem gelöst werden muss. Und das werden wir fordern von der Bundesregierung.

Vor allem der CDU geht es um ihre Glaubwürdigkeit. Auf dem Parteitag im Dezember 2018 gab es einen eindeutigen Beschluss: Doppelverbeitragung abschaffen. Gesundheitsminister Jens Spahn legte jetzt einen Gesetzesentwurf vor. Danach sollten die Sozialabgaben der Betriebsrentner wieder halbiert werden, der Arbeitgeberanteil wegfallen. Doch die Bundeskanzlerin stellt sich dagegen.

O-Ton Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin, am 10.4.2019:
Im Übrigen kann ich hier nicht mit einem einfachen Ja, wie Sie es gerne von mir hören würden, sagen, dass wir das jetzt verändern, diese Praxis mit der Doppelverbeitragung. Und wir haben unter den prioritären Vorhaben, die wir in der Bundesregierung haben, leider keine Finanzen eingeplant für diese Maßnahme.

O-Ton Prof. Stefan Sell, Sozialwissenschaftler, Hochschule Koblenz:

Die Akzeptanz, die Legitimation der betrieblichen Altersvorsorge leidet bei Millionen von Menschen, wenn dieser Zustand nicht endlich korrigiert wird. Ansonsten werden viele Menschen sich bei der betrieblichen Altersvorsorge zurückhalten, verständlicherweise, weil sie der Politik nicht trauen, dass sie das auch bekommen, was man ihnen heute verspricht.

Wieder zu Hause: Rudolf Birkmeyer ist enttäuscht von der Politik. Trotz parteiübergreifender Einigkeit: Die Ungerechtigkeit der Doppelverbeitragung wird wohl bestehen bleiben, sodass viele Rentner auch in Zukunft doppelt zahlen müssen.

Abmoderation:

Immerhin: Für Riester-Verträge hat der Gesetzgeber die doppelte Belastung inzwischen abgeschafft. Für alle anderen ist keine Verbesserung in Sicht. Dabei weiß die Bundesregierung längst, dass sie handeln müsste. So geht die viel beschworene politische Glaubwürdigkeit flöten, nicht nur bei Jungen, sondern auch bei den Alten.

Zur Beachtung: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.